



Newsletter FSI - Dezember 2019

03.12.2019 15:08

Von FSI - Forum Soziale Inklusion e. V. <info@fsi-gleichbehandlung.de>

An gerd.riedmeier@t-online.de <gerd.riedmeier@t-online.de>

www.fsi-gleichbehandlung.de



FSI - Newsletter Dezember 2019

FSI fordert die Bundesministerinnen der Justiz Christine Lambrecht und für Familie Franziska Giffey (beide SPD) zur Einrichtung eines "Familiengipfels" auf



BMin Christine Lambrecht (BMJV)



BMin Franziska Giffey (BMFSFJ)

Der Anlass:

Bundeskanzlerin Angela Merkel reagierte, indem sie sich aktueller Kritik aus den Reihen der deutschen Bauernschaft stellt und einen **Agrargipfel** einrichtet – unter Beteiligung der Betroffenen aus der Landwirtschaft.

Analogie:

FSI fordert nun in analoger Weise von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, einen **Familiengipfel** einzurichten zur Erarbeitung von zeitgemäßen Neuregelungen für das marode deutsche Familienrecht.

Alle Beteiligten – Justiz, Mütterverbände, Väterverbände, gerichtsnahe Professionen – sind sich einig: Es bedarf eines Neuanfangs im deutschen Familienrecht.

Auch das vom BMJV jüngst vorgestellte „Thesenpapier“ einer „Arbeitsgruppe Sorge- und Umgangsrecht“ bestätigt den Reformbedarf, verharrt jedoch leider im Ungefähren.

Ein zweites Manko des Thesenpapiers besteht darin, dass Betroffenenverbände nicht zur Beratung geladen waren. Es sind vor allem Väterverbände, die sich im politischen Betrieb nicht gesehen oder nicht willkommen fühlen.

FSI fordert in seinen Schreiben beide SPD-Ministerinnen (Justiz und Familie) dazu auf, dieses Versäumnis zu korrigieren und Väterverbände zum Gipfel zu laden.

Das Schreiben an das BMJV mit den Namen der vorgeschlagenen Verbände zum Download:

MEHR

Mittwoch, 25. September 2019, 11.30 Uhr -
Fortbildung Richterinnen und Richter



Deutscher Bundestag

Weitere Informationen

- 60. Sitzung am Mittwoch, den 25. September 2019, 11.30 Uhr - öffentlich
- Antrag (BT-Drs. 19/8568)
- Liste der Sachverständigen
- > Stellungnahmen der Sachverständigen

Am 25. September 2019 fand im Rechtsausschuss des Bundestages eine Anhörung zum Thema "Fortbildungspflicht für Familienrichter und Qualitätssicherung in Familienverfahren" statt.

Stand 3. Dezember 2019 liegt das **Wortprotokoll** der Anhörung immer noch nicht vor.

Dieses Defizit passt zur Tatsache, dass durch Mehrheitsbeschluss der **SPD- und CDU/CSU-Fraktionen** im Bundestag die Übertragung der Anhörung via **Bundestags-TV** ausgeschlossen wurde.

[In anderen Ausschüssen des Bundestages sind Übertragung durchaus üblich; Beispiel: jüngste Anhörung im Geheimdienst-Ausschuss mit Live-Übertragung.]

Der Verdacht liegt nahe: Die enormen Defizite im deutschen Familienrecht - alle geladenen Richter und Sachverständigen (m/w/d) bestätigten dies - sollen nicht öffentlich gemacht werden.

FSI kritisiert dieses defizitäre Politikverständnis und benennt das Vorgehen als "Hinterzimmerpolitik".

Der link zur website des Rechtsausschusses des Bundestages:

MEHR

EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION

7. ZUSATZPROTOKOLL VOM 22.11.1984

ARTIKEL 5 - Gleichberechtigung der Ehegatten

„Hinsichtlich der Eheschließung, während der Ehe und **bei Auflösung der Ehe** haben Ehegatten untereinander und **in ihren Beziehungen zu ihren Kindern gleiche Rechte und Pflichten** privat-rechtlicher Art.“

Ratifizierungsstand des 7. Zusatzprotokolls der EMRK
Inkrafttreten: 1988



von Deutschland unterzeichnet am 19.03.1985 – jedoch nicht ratifiziert

unterzeichnet und ratifiziert: 44 Länder (+ aktuell: Türkei)
nicht ratifiziert: Deutschland, (Niederlande wg. Asylstatut)

www.ig-jungen-maenner-vaeter.de

FSI ersuchte nach 4 Jahren in seinem Schreiben vom 12.08.2019 erneut die Bundesregierung (BMJV) um Ratifizierung des 7. Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 5).

Stand 03.12.2019: keine Antwort aus dem Hause von BMin Christine Lambrecht.

Bereits am 04.05.2015 hatte FSI die Bundesregierung (BMFSFJ) schriftlich um Ratifizierung des 7. Zusatzprotokolls der EMRK ersucht.

Damals legten BMJV und BFSFJ in einem gemeinsamen Schreiben vom 20.08.2015 dar, weshalb aus ihrer Sicht eine Ratifizierung nicht nötig sei. Im Schreiben verstiegen sich die Referentinnen inhaltlich auf die Lebenswirklichkeiten von "Alleinerziehenden" Müttern - was nicht Thema des Protokolls ist.

Die Situation heute:

Das SPD- und Frauen-geführte BMJV hält es nicht für nötig zu antworten.

„Überhaupt keine Angaben zum Vater“ bei fast 50.000 Babys

Laut Statistischem Bundesamt fehlen zu den Vätern von nahezu 50.000 im vergangenen Jahr geborenen Babys jegliche Daten.

Im Jahr 2018 kamen in Deutschland 787.523 Babys zur Welt, darunter „49.487, bei denen die Eltern nicht miteinander verheiratet sind und überhaupt keine Angaben zum Vater vorhanden sind“, wie das Statistische Bundesamt der WELT mitteilte.

FSI regt einen offenen Diskurs über diesen Sachverhalt an.

HIER der link zum Bericht der WELT vom 17.09.2019.

Impressum:
FSI - Forum Soziale Inklusion e. V.
Herrengasse 11
83512 Wasserburg am Inn
www.fsi-gleichbehandlung.de
info@fsi-gleichbehandlung.de
Newsletter abbestellen
